

Kommentar von Dr. Bert Bauder, stv. Präsident der LZK BW

Kommt nach der Landtagswahl die Bürgerversicherung durch die Hintertür?

Der Landesvorsitzende der Grünen, Oliver Hildenbrand, hat ein Steckenpferd und das heißt Einheitsversicherung. Da er damit allerdings politisch bisher nicht durchgedrungen ist, hat er eine „Gerechtigkeitslücke“, die nur einige wenige Beamtinnen und Beamte betrifft, ausgemacht und benutzt diese als Hebel, um seinem Ziel „Bürgerversicherung“ näher zu kommen. Wie allgemein bekannt sein dürfte, sind die Beamten in ihrer Krankenversicherung zum einen über ihren Dienstherren über die Beihilfe und zum anderen über eine private Krankenversicherung abgesichert. Die Beamten sind damit eine wichtige Säule für die private Krankenversicherung und somit für das in unserem Land seit Jahrzehnten bewährte duale Krankenversicherungssystem. Würden sie als Mitglieder der privaten Krankenversicherung ausfallen, so wäre die Existenz dieses dualen Systems ernsthaft gefährdet und der Weg in die Bürgerversicherung (Einheitsversicherung) wäre frei.

Seit 2018 gibt es in Hamburg für Beamte die Möglichkeit, zwischen PKV und GKV einmalig und für immer festgelegt, zu wählen. Das Land zahlt der Beamtin bzw. dem Beamten dann den Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung, was davor nicht möglich war und damit die Beamten von einem Wechsel in die GKV bis dato abgehalten hat. Und genau dieses „Hamburger Modell“ schwebt Herrn Hildenbrand auch für Baden-Württemberg vor. Seine Partei hat er offenbar schon

überzeugt, sodass deren Ziel ist, diesen Totengräber des dualen Krankenversicherungssystems im neuen Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg festzuschreiben.

Um dieses Szenario zu verhindern, müssen CDU, FDP, der Beamtenbund und auch wir (Zahn-)Ärztinnen und (Zahn-)Ärzte zusammenstehen und dagegenhalten. Insofern sollten wir unseren zur Wahl stehenden Landtagskandidatinnen und -kandidaten durchaus die Frage stellen: „Wie hältst Du es mit Hamburger Modell und Bürgerversicherung?“ Aber auch nach der Wahl müssen wir durch intensive Gespräche mit den Entscheidungsträgern versuchen, diesen ideologisch motivierten Irrsinn zu verhindern.

Genau dafür ist das von unserem Präsidenten initiierte neue Format der Kammer Konversation ein probates Mittel. Aber auch jede Einzelne und jeder Einzelne von uns ist gefordert mit seinen beamteten Patienten und politisch Verantwortlichen, die auf dem Behandlungsstuhl Platz genommen haben, zu sprechen. Tun wir das nicht, könnte doch eines Tages die Bürgerversicherung über die Hintertür Einzug in unsere Praxen halten.

Dr. Bert Bauder,
stellvertretender Präsident der Landes Zahnärztekammer
Baden-Württemberg